

Nr. A020 / 2022 Magdeburg, 15.6.2022

Beauftragte
des Landes Sachsen-Anhalt
zur Aufarbeitung
der SED-Diktatur

Zum Gedenken an den Volksaufstand vor 69 Jahren:

Die Ereignisse vom 17. Juni 1953 sind heute so aktuell wie selten zuvor

Birgit Neumann-Becker:

"Das Gedenken an den Volksaufstand des 17. Juni 1953 findet in diesem Jahr unter ganz besonderen Bedingungen statt. Die Demonstranten forderten freie Wahlen und das Recht auf freie Meinungsäußerung. Die aktuelle politische Situation in Europa macht uns bewusst, dass Freiheits- und Menschenrechte erkämpft und notfalls auch verteidigt werden müssen. Am 17. Juni erinnern wir uns an den Mut der Frauen und Männer, die 1953 auf die Straße gingen, um für ihre Rechte einzutreten."

Für das kommende Jahr, in dem sich der Volksaufstand des 17. Juni zum 70. Mal jährt, kündigte die Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur an, dies zu einem besonderen Schwerpunkt ihrer Arbeit zu machen. In der deutschen Erinnerungskultur dominieren die Ereignisse in Berlin. Das Bild der beiden Demonstranten, die auf der Leipziger Straße Steine gegen sowjetische Panzer werfen, findet sich in jedem Schulbuch. "Wir wollen aber die ganze Breite des Volksaufstandes auf dem Gebiet des heutigen Landes Sachsen-Anhalt zeigen", erklärte Neumann-Becker. Denn Proteste gab es nicht nur in den Industriestädten, auch auf dem Land wandte sich die Bevölkerung gegen die SED-Diktatur. Vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse sei es besonders wichtig, so Neumann-Becker, an den Mut der Protestierenden er zu erinnern. Denn auch wenn der Aufstand des 17. Juni zunächst nicht zum Ziel geführt habe, zeigt die Geschichte, dass sich Freiheit und Menschenrechte auf Dauer nicht unterdrücken lassen. "Die vielen Opfer des 17. Juni waren deshalb nicht vergebens und sie verdienen unsere dankbare Erinnerung", so Neumann-Becker.

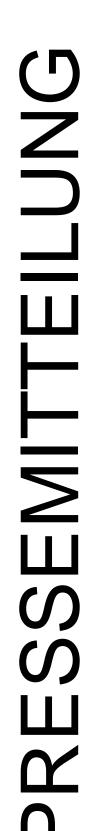
Neumann-Becker rief dazu auf, an möglichst vielen lokalen Schauplätzen des 17. Juni in Sachsen-Anhalt Gedenkveranstaltungen abzuhalten. An diesem Punkt müsse sich unsere Erinnerungskultur weiterentwickeln. Die Landesbeauftragte nimmt in diesem Jahr persönlich an der Gedenkveranstaltung zum 17. Juni auf dem Hallmarkt in Halle (Saale) teil (Beginn: 17:30 Uhr) und legt dort einen Kranz nieder. Bei der Gedenkveranstaltung in der Gedenkstätte Moritzplatz in Magdeburg wird von der Behörde ebenfalls ein Blumengebinde zur Erinnerung an die Opfer des 17. Juni niedergelegt.



Kontakt: Schleinufer 12, 39104 Magdeburg

Telefon: 03 91 / 5 60-15 01 Telefax: 03 91 / 5 60-15 20

E-Mail: info@lza.lt.sachsen-anhalt.de https://aufarbeitung.sachsen-anhalt.de



Historischer Hintergrund:

Sachsen-Anhalt war ein wichtiger Schauplatz des Aufstandes vom 17. Juni 1953. Nicht nur in den damaligen Bezirkshauptstädten Magdeburg und Halle (Saale) gingen Tausende von Frauen und Männern auf die Straße, in nahezu allen Städten wie zum Beispiel in Bitterfeld, Calbe, Halberstadt, Merseburg und Wernigerode kam es zu Demonstrationen und Unruhen. Die Protestierer versuchten, politische Gefangene zu befreien und die Gebäude der Bezirks- und Kreisleitungen der SED, von Volkspolizei und Staatssicherheit zu besetzen. Unmittelbarer Anlass des Protestes war die zuvor von der SED-Regierung angeordnete Erhöhung der Arbeitsnormen. Doch die Demonstranten forderten auch das Ende der SED-Diktatur, freie, geheime Wahlen, die Wiedervereinigung Deutschlands und den Abzug der Besatzungstruppen. Auch auf dem Lande kam es zu Unruhen, hier richteten sich die Proteste der Bauern vor allem gegen die erzwungene Kollektivierung der Landwirtschaft.

Die SED traf der Aufstand völlig unvorbereitet. Letztlich gelang es ihr nur mit Hilfe der sowjetischen Truppen, an der Macht zu bleiben. Mit sowjetischer Unterstützung ging sie nun brutal und erbarmungslos gegen die unzufriedene Bevölkerung vor. Mehr als 10.000 Frauen und Männer wurden verhaftet, Tausende vor Gericht gestellt und zu langen Haftstrafen verurteilt. Zudem verhängte die SED-Justiz zum Teil fabrizierte Todesurteile. Prägnante Beispiele aus Sachsen-Anhalt sind die Todesurteile gegen Ernst Jendrich und Erna Dorn.

Die SED-Propaganda versuchte, den 17. Juni als einen vom Westen gesteuerten "faschistischen Putsch" darzustellen. Dies sollte von der eigenen, für die Bevölkerung desaströsen Politik ablenken. Auf diese Weise konnte sich Walter Ulbricht als Parteichef der SED an der Macht halten. Erst 1970 wurde er abgelöst und durch Erich Honecker ersetzt.